**Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement**
**Newsletter Nr. 12 vom 13.6. 2013**

---

*Inhalt*


**SCHWERPUNKT-THEMA: Diversity in Unternehmen**

- Einleitung
- Ute Gallmeier/Eva Maria Gross: Jugend denkt Vielfalt
- Daniel Weber/Michaela Dälken: Mitbestimmte Vielfalt
- Mekonnen Mesghena: Diversity, Teilhabe, Chancengerechtigkeit
- Nejdet Niflioğlu: Der Daimler Türk-Treff – ein Vorbild für Integration
- Sissi Banos/Petra Wleckilk: Den Wandel der IG Metall begleiten und gestalten
- Julia D. Tzanakakis: Diversitymanagement bei Ernst & Young
- Sabine Pöggel: Vielfalt bei der Berliner Stadtreinigung erwünscht!
- Elisabeth Gregull: Diversity und Freiwilligenagenturen

**LÄNDERBERICHTE**

- 3. Berliner Engagementwoche im September 2013
- Unbezahlbar und freiwillig: Wettbewerb
- Bürgerstiftungen in Medien: Studie

**AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG**

- Ute Kumpf, MdB: Engagementpolitik in der 18. Wahlperiode des Bundestages
- Unterausschuss BE: Bericht über die Legislaturperiode
- Netzpolitik: Modellprojekt FSJ Digital gefordert
- Entwicklungspolitik: Zivilgesellschaft ohne Gängelung
- Demokratiepolitische Agenda des Netzwerk Bürgerbeteiligung
- Wissenschafts-und Forschungspolitik: Zivilgesellschaft will mitreden
- Hochwasserhilfe 2013: DZI-Spenden-Info

**AKTUELLES AUS DEM BBE**

• BBE: Bilanz und Empfehlungen vor dem Unterausschuss BE

• Richtigstellung: Bericht zur AG 3 im letzten Newsletter

• Kein Katastrophenschutz ohne Freiwillige

• AG »Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat«

• Kostenloses Fortbildungsprogramm für gemeinnützige Projekte

**FACHDISKURS**

• Neue Bürgerlichkeit: Veranstaltung

• Aufspielen statt Abschieben

• Diversität, Macht und Ungleichheit: Workshop

• Bürgerbeteiligung 2.0: Tagungsbericht

• Startsocial 2013/2014 beginnt

• BMI: Helferfibel

• H. Backhaus-Maul/C. Roth: Service Learning empirisch: Publikation

• J. W. van Deth/M. Tausendpfund (Hg.): Politik im Kontext: Publikation

• Ulrike Davy/Manuela Lenzen (Hg.): Demokratie morgen: Publikation

• Hinweis

## SCHWERPUNKT-THEMA: Diversity in Unternehmen

*nach oben*

### Einleitung

Diversity bezeichnet die Vielfalt der Menschen in einer Organisation, deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede sich anhand bestimmter Merkmale, den Diversity-Dimensionen, fassen lassen. Am 11. Juni 2013 fand in ganz Deutschland der 1. deutsche Diversity-Tag statt. Unter dem Motto »Vielfalt unternehmen« rief der Verein »Charta der Vielfalt e.V.« Betriebe und Vereine, Organisationen, Stiftungen und Verbände zum Mitmachen auf. BP Europe SE, Daimler, Deutsche Bank und Deutsche Telekom initiierten 2006 die »Charta der Vielfalt« nach ihrem französischen Vorbild »Charte de la diversité«. Die Charta-Initiative in Deutschland startete am 21. März 2007, als weitere 32 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen die Charta der Vielfalt unterzeichneten. Mittlerweile haben mehr als 1500 Großunternehmen, klein- und mittelständische Unternehmen, Kleinstunternehmen, öffentliche Einrichtungen und Vereine, Verbände und Stiftungen die Charta unterzeichnet und treten für vorurteilsfreie Arbeitsumfelder ein. Das BBE beteiligt sich mit dem Schwerpunkt dieses Newsletters am Diversity-Tag. In den Beiträgen kommen gleichermaßen grundsätzliche Überlegungen als auch praktische Beispiele zum Zuge.

Weitere Informationen unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Einfuehrung_Diversity.pdf (406 kB)

*nach oben*

## Ute Gallmeier/Eva Maria Gross: Jugend denkt Vielfalt

Dr. Ute Gallmeier, Geschäftsfeldleiterin bei der IFOK GmbH, und Eva-Maria Goss, Beraterin bei der IFOK GmbH, stellen in ihrem Gastbeitrag das Jugendbeteiligungsprojekt »Jugend denkt Vielfalt in NRW« dar. Mit diesem Projekt suchten der Charta der Vielfalt e.V. sowie einige seiner Mitgliedsunternehmen und Unterzeichner 2012 erstmals den direkten Dialog mit jungen Menschen zur Agenda der Charta. Gesucht wurden Antworten darauf, wie potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von morgen denken und wie sie sich ihr künftiges Arbeitsleben in Vielfalt vorstellen. Nicht über junge Menschen sprechen, sondern am Lernort Unternehmen in einen direkten Austausch mit ihnen treten: Das war die Leitlinie dieses von der IFOK umgesetzten Projekts, um junge Menschen direkt an der Fortentwicklung von Diversity Management zu beteiligen.

Gastbeitrag Ute Gallmeier und Eva-Maria Goss unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Gallmeier_Goss.pdf (45 kB)

*nach oben*

## Daniel Weber/Michaela Dälken: Mitbestimmte Vielfalt

Daniel Weber, Leiter des Interkulturellen Kompetenzzentrums des DGB, und Michaela Dälken, Leiterin des Kompetenzzentrums Globale Mobilität des DGB Bildungswerks, werfen einen kritischen Blick auf Diversity Management. Gesellschaftliche Vielfalt und Vielfalt in Unternehmen ist Realität. Wie ein Diversity Management darauf reagiert, kann aber sehr unterschiedlich ausfallen. Anhand eines konkreten Falles kommen sie zu der kritischen Aussage: »Eine Führung eines Unternehmens wählt Mitarbeitende besonders wegen eines Vielfaltsmerkmals aus und versucht dieses Merkmal möglichst gewinnbringend zu nutzen. Scheitert dies, ist auch der Mitarbeiter wertlos.« Deshalb kommt es beim Diversity Management für sie darauf an, Vielfalt umfassend zu verstehen und Personen nicht auf einzelne Merkmale des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes zu reduzieren. Vielmehr gilt es deren Kompetenzen, Ressourcen, Wünsche, Bedürfnisse und Präferenzen in der ganzen Breite wahr und ernst zu nehmen. Dafür bietet die deutsche Mitbestimmungstradition eine gute Basis: »Die Betriebs- und Personalräte spielen eine wichtige Rolle bei der Implementierung solcher Ansätze, teilweise sind sie sogar Impulsgebende.«

Gastbeitrag Daniel Weber und Michaela Dälken unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Weber_Daelken.pdf (36 kB)

*nach oben*

## Mekonnen Mesghena: Diversity, Teilhabe, Chancengerechtigkeit

Mekonnen Mesghena, Leiter des Bereiches Migration und Diversity in der Heinrich-Böll-Stiftung, skizziert in seinem Gastbeitrag zunächst die Funktion von Diversity im Rahmen des Leitbildes, der Projektarbeit, der Bildungsarbeit und der Organisationsentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung. Dann wendet er sich zentralen Diversity-Herausforderungen in der Gesellschaft zu, insbesondere in den Feldern Bildung und soziale Herkunft, Frauen, Erreichen von Spitzenpositionen sowie Migrationshintergrund und gerechte Arbeitsmarktchancen. Orientiert an den USA fordert er eine gestaltende, aufstiegsorientierte Diversitypolitik, die auf die Schaffung von positiven Vorbildern (Role Models) abzielt.

Gastbeitrag Mekonnen Mesghena unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Mesghena.pdf (31 kB)

*nach oben*

## Nejdet Niflioğlu: Der Daimler Türk-Treff – ein Vorbild für Integration

Nejdet Niflioğlu, Executive Management Development bei der Daimler AG, stellt im vorliegenden Gastbeitrag die Geschichte und die heutige Vernetzung des Daimler-Türk-Treffs dar. Als der Daimler-Türk-Treff vor über 20 Jahren 1992 gegründet wurde, waren die Vorteile von sozialer Vielfalt in der Wirtschaft noch kein Thema. Allerdings legten die sechs Initiatoren des bis heute auf über 600 Mitglieder angewachsenen Netzwerks, darunter 30 Prozent Frauen, Wert auf die Pflege von Beziehungen innerhalb und außerhalb des Unternehmens. Der Daimler Türk-Treff versteht sich als »zentrale Anlaufstelle für alle Themen, die türkischstämmige Mitarbeiter betreffen«. Dabei war es von Beginn an der Ansatz, das Bild vom vermeintlich »typischen« türkischen Daimler-Mitarbeitenden zu verändern. So wurden gezielt IngenieurInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen mit türkischen Wurzeln angesprochen, was auch im Hinblick auf Rekrutierungsfragen für das Unternehmen von Bedeutung ist: Viele Familien mit türkischem Migrationshintergrund wollten ihre Kinder nicht bei Daimler in die Lehre schicken, weil sie das Bild hatten, dass sie dort nie über eine Arbeit am Fließband hinauskommen können. Im Rahmen des best-practice sharing wird die erprobte und bewährte Netzwerkarbeit sowohl innerhalb des Unternehmens als auch bei anderen Unternehmen verbreitet.

Gastbeitrag Nejdet Niflioglu unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Niflioglu.pdf (1 MB)

*nach oben*

## Sissi Banos/Petra Wleckilk: Den Wandel der IG Metall begleiten und gestalten

Der Umgang mit Vielfalt ist für die IG Metall ein wichtiger Baustein für den Erfolg und die Nachhaltigkeit ihrer eigenen Organisations- und Personalpolitik. Der Gastbeitrag stellt ausgehend von der Zukunftsdebatte der IG Metall vor gut zehn Jahren Entwicklungen in den Bereichen Gender Mainstreaming, Jugend und kulturelle Vielfalt sowie die Rolle der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit dar. Sissi Banos ist politische Sekretärin beim IG Metall Vorstand im Fachbereich Organisation und Personal/Ressort Organisation (Schwerpunkt Gender Mainstreaming). Petra Wiecklik ist politische Sekretärin beim IG Metall Vorstand im Fachbereich Zielgruppen und Gleichstellung, Ressort Migration/Integration.

Gastbeitrag Sissi Banos und Petra Wleckilk unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Banos_Wleckilk.pdf (43 kB)

*nach oben*

## Julia D. Tzanakakis: Diversitymanagement bei Ernst & Young

Julia D. Tzanakakis, Associate Director People Strategy & Culture GSA bei der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, diskutiert in ihrem Beitrag Grundsätze und Ziele eines erfolgreichen Diversity-Managements. Dafür reicht es nicht, die Charta der Vielfalt zu unterschreiben, sondern sie muss nach innen wie außen mit Leben erfüllt werden. Im Kontext der wesentlichen Chartaziele stellt sie die bei Ernst & Young realisierten Maßnahmen dar. Dazu gehören zum Beispiel die Verankerung in der Governancestruktur, der Aufbau von Programmen für weibliche Nachwuchsführungskräfte, die Etablierung von Mitarbeiternetzwerken sowie die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort und damit einhergehend die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Doch der Aufbau von Strukturen ist nicht alles: »Erfolgreiches Diversity Management spiegelt sich nicht nur in den Strukturen oder Prozessen eines Unternehmens wider, sondern in erster Linie in den Köpfen der Mitarbeiter.«

Gastbeitrag Julia D. Tzanakakis unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Tzanakakis.pdf (42 kB)

*nach oben*

## Sabine Pöggel: Vielfalt bei der Berliner Stadtreinigung erwünscht!

Sabine Pöggel, Leiterin der Abteilung Arbeitsrecht und seit 2013 Diversity Beauftragte der Berliner Stadtreinigung (BSR), stellt in ihrem Gastbeitrag die Vielfalt der Themen, Verfahren und Baustellen einer Diversity-Strategie in einem größeren kommunalen Unternehmen dar. Die Palette reicht von Vereinbarungen für partnerschaftliches Verhalten und gegen Rassismus bei der BSR über Frauenförderpläne bis hin zu Generationennetzwerken. Dabei geht es um die Gesamtheit aller Beschäftigten mit ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten:

»Diversity hat viele kleine Mosaiksteine und muss von ALLEN gelebt werden; Führungskräfte haben dabei eine Vorbildfunktion.«

Gastbeitrag Sabine Pöggel unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Poeggel.pdf
(21 kB)

*nach oben*

### Elisabeth Gregull: Diversity und Freiwilligenagenturen

Elisabeth Gregull, als Fachjournalistin (DFJS) freie Mitarbeiterin bei der Landesfreiwilligenagentur Berlin, hinterfragt aus Diversity-Sicht, wie sehr unbewusste, von der dominanten Kultur geprägte Bilder die praktische Vielfalt in einer Freiwilligenagentur beschränken. Weist man im eigenen Infomaterial darauf hin, ob die Freiwilligenagentur barrierefrei erreichbar ist, weil man Behinderte als potenziell Engagierte wahrnimmt, oder hat man sie nur als Objekte von Freiwilligenhilfe im Kopf? Ein anderes Beispiel: »Wenn Herr Müller im Elternverein aktiv ist, dann engagiert er sich - wenn Herr Yilmaz im Elternverein aktiv ist, dann ›integriert‹ er sich? Wieso der Unterschied?« Zu einem bewussten Umgang mit den Herausforderungen von Vielfalt zu kommen, ist eine Frage der Organisationsentwicklung einer Freiwilligenagentur. Dies zeigt auch das Beispiel der Freiwilligenagentur Magdeburg, das den Innovationspreis 2012 für ihr Projekt »Sterntaucher - Engagement von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen« erhielt. In der Begründung der Jury hieß es, dass »das Projekt auch die gesamte Arbeitskultur der Freiwilligenagentur verändert« hat. In Berlin hat im Herbst 2012 eine dreijährige »Qualifizierungsoffensive für die Berliner Freiwilligenagenturen« begonnen, in deren Rahmen Diversity ein Schwerpunktthema sein wird.

Gastbeitrag Elisabeth Gregull unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Gregull.pdf
(44 kB)

*nach oben*

## LÄNDERBERICHTE

*nach oben*

### 3. Berliner Engagementwoche im September 2013

»Freiwillig. Berlin.«, das ist das Motto der 3. Berliner Engagementwoche vom 13. bis zum 29. September 2013. Berlin soll als Stadt mit Herz und vielfältigem Engagement spürbar werden. Die heiße Phase der Vorbereitungen startete mit einem Netzwerktreffen am 8. Mai 2013. Ein Eintragen der eigenen Veranstaltungen und Aktivitäten beim BLOG der Engagementwoche ist bis zum Schluss möglich. Die Berliner Engagementwoche ist die stadtweit anerkannte Dachmarke für alle Aktionen zum bürgerschaftlichen Engagement in diesem Zeitraum. Sie findet im engen Zusammenwirken mit der bundesweiten »Woche des bürgerschaftlichen Engagements« statt.

Weitere Informationen unter
http://berliner-engagement-woche.de

*nach oben*

## Unbezahlbar und freiwillig: Wettbewerb

Zum 10. Mal wird in diesem Jahr der Niedersachsenpreis für Bürgerengagement unter dem Leitmotiv »Unbezahlbar und freiwillig« vergeben. Im Zeitraum vom 31. Mai bis zum 26. Juli 2013 können sich alle ehrenamtlich Aktiven aus Niedersachsen am Wettbewerb beteiligen. Bewerben können sich Einzelpersonen, Vereinigungen, Initiativen oder Selbsthilfegruppen aus allen Bereichen des bürgerschaftlichen, gemeinwohlorientierten Engagements in Kultur, Sport, Kirche/religiöse Gemeinschaften, Umwelt und Soziales. Das gilt auch, wenn sie sich in den vergangenen Jahren schon beworben haben. Partner des Preises sind die Sparkassen in Niedersachsen, VGH Versicherungen und die Niedersächsische Landesregierung. Zudem wird in diesem Jahr ein Sonderpreis von NDR 1 Niedersachsen vergeben. Die Entscheidung der Jury fällt im Oktober, die Preisverleihungen im Gesamtwert von 30.000 Euro finden am 30. November 2013 statt.

Weitere Informationen unter
http://www.unbezahlbarundfreiwillig.de/web/export/sites/uuf/html/home.html

*nach oben*

## Bürgerstiftungen in Medien: Studie

Bürgerstiftungen agieren in lokalen Kontexten und sind in der Regel auf ein Wachstum ausgelegt, an dem viele BürgerInnen als MitstifterInnen mitwirken können bzw. sollen. Deshalb ist die Frage der öffentlichen Resonanz in den Medien nicht unwichtig für die weitere Entwicklung dieser Institution von BürgerInnen für BürgerInnen. Berit Sandberg und Sarah Boriés haben das Medienecho quantitativ und qualitativ untersucht. Ihre Studie ist im Juni 2013 als Opusculum Nr. 62 beim Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der HU Berlin unter dem Titel »Bürgerstiftungen in den Printmedien« erschienen. Ein Ergebnis der Studie ist eine regional sehr uneinheitliche Verteilung der Berichterstattung, die nicht mit der Verteilung der Bürgerstiftungen deckungsgleich ist. So entfielen 2/3 der Berichte in dem Untersuchungszeitraum auf die drei Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen. Fast 93 Prozent der Berichte behandelten auf lokaler Ebene praktische Bürgerstiftungsaktivitäten, weshalb es nicht verwundert, dass Berichte in überregionalen Zeitungen fast inexistent waren.

Studie unter
http://www.maecenata.eu/images/documents/mi/resources/2013_op62.pdf

*nach oben*

## AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

*nach oben*

### Ute Kumpf, MdB: Engagementpolitik in der 18. Wahlperiode des Bundestages

In ihrem Beitrag stellt Ute Kumpf, MdB und Sprecherin der Arbeitsgruppe bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion, Traditionslinien, Perspektiven und Aufgaben der Engagementpolitik auf Bundesebene dar. Die aktuelle Legislaturperiode beurteilt sie als eine Zeit verlorener Chancen und verspielten Vertrauens für eine zukunftsorientierte Engagementpolitik. Zu den zentralen Leitlinien der SPD für die Engagementpolitik gehören die Entwicklung einer Teilhabe- und Willkommenskultur auf allen politischen Ebenen, auch in Betrieben in Form von mehr Mitbestimmung und Demokratie. Eine wichtige Voraussetzung für Engagement sieht sie in ein er Zeitpolitik, die den Menschen mehr Souveränität über ihre Zeit gibt. Darauf aufbauend reichen die Ansatzpunkte, um bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt zu fördern, von der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen des BaFöG bis hin zur Notwendigkeit eines Freiwilligendienstestatusgesetzes. Vor dem Hintergrund ihrer langjährigen Erfahrungen im Bundestag sieht Ute Kumpf die Notwendigkeit, das Engagementthema stärker aufzustellen, etwa »im Kanzleramt oder einem Ministerium für »Integration und Demokratie«. Ebenso plädiert sie für einen »eigenständigen Ausschusses für Engagement und Partizipation« mit eigener Entscheidungsbefugnis an Stelle eines beratenden Unterausschusses. Ute Kumpf verlässt den Deutschen Bundestag mit Ende dieser Legislaturperiode. Sie gehörte der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« an und war seitdem im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement (derzeit als stellv. Vorsitzende) und als Sprecherin der AG Bürgerschaftliches Engagement tätig. Mit diesem Gastbeitrag ist die Darstellung der Positionen und Überlegungen der im Bundestag vertretenen Parteien zum Engagementthema abgeschlossen (vgl. BBE-Newsletter 5/2013 und 7/2013).

Gastbeitrag Ute Kumpf unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Kumpf.pdf (54 kB)

*nach oben*

### Unterausschuss BE: Bericht über die Legislaturperiode

Am 15. Mai 2013 publizierte der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages einen Bericht über seine Arbeit in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode. Mit dem Bericht erfüllt der Unterausschuss auch einen Auftrag aus dem Einsetzungsbeschluss seitens des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 3. März 2010. Der Bericht umfasst 98 Seiten. Neben einer tabellarischen Übersicht zu den großen und kleinen Anfragen zum bürgerschaftlichen Engagement in der 17. Wahlperiode bietet er inhaltsorientierte Struktur entlang der zentralen, im Ausschuss behandelten Engagementthemen: von rechtlichen Änderungen über den Engagementbericht bis hin zur Europäischen Bürgerinitiative sowie der Reise einer Unterausschussdelegation nach Schweden.

Bericht unter
http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Bericht_17__WP/023-17-Bericht.pdf

*nach oben*

## Netzpolitik: Modellprojekt FSJ Digital gefordert

Die SPD-Fraktion will ein digitales Modellprojekt im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) durchführen. Sie greift damit Ergebnisse der Enquete-Kommission »Internet und Digitale Gesellschaft« des Bundestages auf, die die Relevanz von Medienkompetenz in einer digitalisierten Welt aufgezeigt habe. Die erkennbare Lücke zwischen dieser anerkannten Bedeutung und der Realität könnte durch ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement verringert werden. Die SPD-Fraktion fordert mit einem Antrag vom 20. März 2013 die Bundesregierung daher auf, ein solches Projekt zusammen mit den anerkannten Trägern des FSJ zu initiieren und entsprechende Einsatzstellen zu schaffen (17/12846). Des Weiteren soll die Regierung prüfen, ob das Lernziel Medienkompetenz in das Jugendfreiwilligendienstegesetz und das Bundesfreiwilligendienstgesetz aufgenommen werden kann.

Antrag unter
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/128/1712846.pdf

*nach oben*

## Entwicklungspolitik: Zivilgesellschaft ohne Gängelung

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die deutsche Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit zunehmend gegängelt. In ihrem Antrag vom 5. Juni 2013 »Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit - Partnerschaft für eine menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung« (17/13728) wendet sie sich gegen eine »zunehmende Einflussnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung« (BMZ). Die Fraktion kritisiert die Kontrolle regierungs- und unternehmenskritischer Publikationen, aber auch die neue Designrichtlinie des BMZ. Außerdem soll der Aufbau von Parallelstrukturen zu den Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit durch die beim BMZ angesiedelte »Servicestelle Engagement Global« beendet werden. Die Abgeordneten setzen sich auch für eine konsequentere Linie gegenüber Partnerländern ein, in denen die Arbeit von NRO und zivilgesellschaftlichen Akteuren massiv eingeschränkt wird. Die Entwicklungszusammenarbeit mit solchen Partnerländern solle einer kritischen Prüfung unterzogen werden, fordern sie in der Vorlage, die am heutigen Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums steht.

Antrag unter
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/137/1713728.pdf

*nach oben*

## Demokratiepolitische Agenda des Netzwerk Bürgerbeteiligung

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung hat diese Woche eine demokratiepolitische Agenda vorgelegt. Empfohlen wird die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Bundestages zu Demokratie in der nächsten Legislaturperiode, die Förderung aufsuchender Formate der Partizipationsförderung auch für eher beteiligungsferne Gruppen, mehr Forschung (»Beteiligungssurvey«), eine gemeinsame nachhaltige Entwicklung von Engagement- und Partizipationsinfrastruktur und eine partizipationsorientierte Fortentwicklung der Planungspraxis. Das BBE ist an der Aufbaugruppe des Netzwerk Bürgerbeteiligung beteiligt. Das Netzwerk verbindet auf nationaler Ebene engagierte Personen und wird von der Stiftung MITARBEIT koordiniert.

Empfehlungen unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_nwbb_politische_agenda.pdf (58 kB)

*nach oben*

## Wissenschafts-und Forschungspolitik: Zivilgesellschaft will mitreden

Lange interessierten sich zivilgesellschaftliche Organisationen wenig für Wissenschafts-und Forschungspolitik. Jetzt aber hat ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Zehn-Punkte-Katalog für mehr Transparenz und Nachhaltigkeit in der Wissenschafts- und Forschungspolitik in Deutschland vorgelegt. Natur- und Umweltschutzverbände, Verbände der Entwicklungszusammenarbeit, aus dem kirchlichen Umfeld und aus der Studierendenschaft haben die Forderungen gemeinsam entwickelt. Bis Mai 2013 wurden die »Zivilgesellschaftlichen Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik« von siebzehn Organisationen aus der Zivilgesellschaft mit über einer Millionen Mitgliedern unterzeichnet. Das Bündnis ist offen für weitere Akteure und will sich in Zukunft aktiv an der wissenschaftspolitischen Debatte beteiligen.

Weitere Informationen unter
http://www.dnr.de/aktuell/wissenschaftspolitik/

*nach oben*

## Hochwasserhilfe 2013: DZI-Spenden-Info

In den Fluten vieler Flüsse und dem zurückbleibenden Schlamm sind nicht einfach Vermögenswerte untergegangen, sondern häufig die Früchte harter, langer Arbeit und das Vertrauen in eine selbst gestaltete, glückliche Zukunft. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen deshalb spenden. Doch wie spendet man unter dem Eindruck von Mitgefühl richtig? Wie erkennt man Trittbrettfahrer? Darauf gibt das DZI-Spenden-Info »Hochwasserhilfe 2013« eine inhaltliche Antwort und es bietet zugleich Adressen und Kontonummern von ausgewählten vertrauenswürdigen Organisationen.

DZI -Spenden-Info unter
http://www.dzi.de/wp-content/pdfs_Spendentipps/Spenden-Info%20Hochwasser%202013.pdf

*nach oben*

## AKTUELLES AUS DEM BBE

*nach oben*

### BBE: Bilanz und Empfehlungen vor dem Unterausschuss BE

In seiner Sitzung vom 12. Juni 2013 erörterte der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag die engagementpolitische Bilanz der auslaufenden Legislaturperiode und fragte zudem nach den Perspektiven. Geladen war auch das BBE. In seinem Beitrag für den Unterausschuss bilanzierte BBE-Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein eine engagementpolitisch für das BBE besonders schwierige Legislatur. Die Erfahrungen mit dem »Nationalen Forum für Engagement und Partizipation« haben deutlich gemacht, dass Governance im jungen Politikfeld der Engagementpolitik noch keineswegs hinreichend entwickelt ist. Zudem sind zentrale Vorhaben der schwarz-gelben Koalition in dieser Legislatur (etwa ein Engagementgesetz und ein Engagementförderplan) nicht realisiert worden. Die förderpolitische Ermöglichung einer nachhaltigen Infrastruktur für das Engagement steht weiter aus. Das BBE selber hat für seine Geschäftsstelle dramatische Kürzungen der öffentlichen Förderung hinnehmen müssen. Der Beitrag wirft aber auch einen Blick nach vorne: Er beschreibt zentrale engagementpolitische Handlungsbedarfe und die Chancen einer energischen Entwicklung des BBE als Wissens- und Kompetenzplattform.

Empfehlungen unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_BBE_Stellungnahme_im_UABE.pdf (347 kB)

*nach oben*

### Richtigstellung: Bericht zur AG 3 im letzten Newsletter

In der Meldung über die letzte Sitzung der AG 3 »Freiwilligendienste« (BBE-Newsletter Nr. 11 vom 30. Mai 2013) berichteten wir, dass sich alle teilnehmenden MdB einhellig gegen ein Freiwilligendienstestatusgesetz positioniert hätten. Sowohl die SPD als auch Die GRÜNEN sprechen sich jedoch weiterhin für ein Freiwilligendienstestatusgesetz aus und haben dies auch in ihren Wahlprogrammen festgehalten. Für die im letzten Newsletter veröffentlichte falsche Information möchten wir uns entschuldigen.

*nach oben*

### Kein Katastrophenschutz ohne Freiwillige

Die aktuellen Hochwasser führen es vor Augen: Ist eine Katastrophe erst einmal eingetreten, zeigt sich ein großer Teil der Bevölkerung solidarisch mit den Betroffenen. Viele Bürgerinnen und Bürger spenden oder helfen selber tatkräftig

vor Ort. Neben der Bundeswehr sind es vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen und Freiwillige, die in der Katastrophenhilfe aktiv Hilfe leisten. Gleichwohl: In »ruhigen« Zeiten scheint es wenig präsent zu sein, wie sehr ein funktionierender Katastrophenschutz auf freiwilliges Engagement angewiesen ist. Und das, obwohl es eine immer größere Herausforderung ist, Freiwillige für den Katastrophenschutz zu gewinnen. Wir möchten daher noch einmal auf das Projekt INKA, das zukunftsorientierte Konzepte für die Integration von freiwilligen HelferInnen in den Katastrophenschutz erarbeitet, und auf die Publikation des Deutschen Roten Kreuzes »Ehrenamt im Bevölkerungsschutz« hinweisen.

Projektseite INKA unter
http://www.inka-sicherheitsforschung.de

Publikation »Ehrenamt im Bevölkerungsschutz« unter
http://www.inka-sicherheitsforschung.de/fileadmin/Daten/pdf-Downloads/Dokumentation_Symposium_Ehrenamt.pdf

BBE-Newsletterschwerpunkt zum Projekt INKA unter
http://www.b-b-e.de/index.php?id=14886

*nach oben*

## AG »Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat«

Am 6.6.2013 tagte in Frankfurt die AG 7 »Rolle des bürgerschaftlichen Engagements im Sozialstaat der Zukunft« des BBE. Werner Müller, Sprecher der AG, und Dr. Johannes Warmbrunn, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie, Frauen und Senioren des Landes Baden-Württemberg, stellten ihre Ideenskizze zum »Zusammenwirken von bürgerschaftlichem Engagement, Kommune und Betrieb« zur Diskussion. Darin werden die sektoralen Interessenlagen von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft in Bezug auf die Erhaltung von Gesundheit und Unterstützungen im Pflegebereich beleuchtet und Vorteile einer Vernetzung im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensqualität in allen Sektoren dargestellt. Ziel ist deren Sicherstellung unter Nutzung der jeweiligen Ressourcen zum Wohle Aller in den jeweiligen lokalen Settings. Prof. Dr. Bubolz-Lutz, Forschungsinstitut Geragogik der Universität Duisburg-Essen, berichtete über Ergebnisse und Anschlussperspektiven des Projektes »Netzwerk Pflegebegleitung«. Im Rahmen der Sitzung beschloss die Arbeitsgruppe eine Umbenennung ihrer AG. Der neue Titel der AG lautet »Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat«. Die nächste Sitzung findet am 17.10.2013 in Düsseldorf statt.

*nach oben*

## Kostenloses Fortbildungsprogramm für gemeinnützige Projekte

Ein eigenes gemeinnütziges Projekt zu stemmen, ob allein oder im Team, ist oft gar nicht so einfach. Wie aus einer guten Idee auch wirklich ein erfolgreiches Engagementprojekt wird, wird in der »Civil Academy« vermittelt. Noch bis zum 8. Juli 2013 (Poststempel) können sich 18- bis 27-Jährige mit einer kreativen Idee oder einem bereits gestarteten Projekt aus Kultur, Sport, Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit oder dem sozialen Bereich für das kostenlose

Qualifizierungsprogramm bewerben. An drei Wochenendseminaren lernen die Teilnehmenden alles Wichtige über Projektmanagement, Teamfähigkeit, Finanzierung, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit. Das Programm ist für alle Interessierten offen, die Teilnahme bedarf keiner besonderen Vorkenntnisse. Gemeinsames Arbeiten, Austauschen, Vernetzen und gegenseitiges Unterstützen stehen hier im Vordergrund!

Termine und detaillierte Infos unter
http://www.civil-academy.de

Bewerbungsformular unter
http://www.civil-academy.de/bewerbung_teilnahme/bewerbungsformular/index.html

*nach oben*

## FACHDISKURS

*nach oben*

### Neue Bürgerlichkeit: Veranstaltung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung greift eine seit längerem geführte Debatte um neue Bürgerlichkeit mit einer Veranstaltung am 17. Juni 2013 in Berlin auf: »Die neue Bürgerlichkeit: Schimäre oder Trend?« Galten früher Union und FDP als die bürgerlichen Parteien, so reklamieren heute alle Parteien den Anspruch auf Bürgerlichkeit. Dabei handelt es sich aber um eine Bürgerlichkeit, in der viel Eigeninitiative und Verantwortung übernommen wird, angefangen beim Wohnumfeld über Kindergärten bis hin zur Renovierung von Schulen. Immer mehr BürgerInnen warten nicht mehr auf den Staat, sondern nehmen die Dinge selber in die Hand, indem sie zum Beispiel Nachbarschaftshilfen organisieren, für ein besseres Erscheinungsbild ihres Wohnumfeldes sorgen, Kindergärten einrichten und Schulen renovieren. In einer von Martina Fietz, FOCUS, moderierten Gesprächsrunde diskutieren Cemile Giousouf, Deutsch-Türkisches Forum der CDU NRW, Hans-Ulrich Jörges, stv. Chefredakteur Stern Magazin, Prof. Dr. Hubert Kleinert, früherer Landesvorsitzender der Grünen in Hessen, und Dr. h.c. Petra Roth, ehemalige Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main.

Weitere Informationen und Anmeldung unter
http://www.kas.de/wf/de/17.55547/

*nach oben*

### Aufspielen statt Abschieben

Am 17. Juni führt Lebenslaute ab 11:00 Uhr vor Eingängen, hinter denen das heutige Flüchtlingselend organisiert wird, Musik auf, die berührt. Es sind Stücke von Bach bis Manu Chao zum Thema Krieg, Flucht und Flüchtlingselend. Mit dieser ungewöhnlichen Aktion in Form einer Konzertblockade soll die Anklage des Internationalen Flüchtlingstribunals gegen die Bundesrepublik Deutschland (13.-16. Juni in Berlin) vertont und verstärkt werden. Beim Internationalen Flüchtlingstribunal, das vom 13.-16. Juni in Berlin vom Netzwerk »KARAWANE für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen« und von »THE VOICE Refugee Forum« veranstaltet wird, schildern Betroffene ihre Erlebnisse und klagen die

Bundesrepublik wegen der entwürdigenden Zustände an, denen sie ausgesetzt sind. Unterbringung in Lagern und Abschiebegefängnissen, permanent drohende Abschiebung, Verhöre, Residenzpflicht, Arbeitsverbot oder mancherorts stigmatisierende Einkaufsgutscheine sind gängige Praxis. Lebenslaute will diese Politik mit einem öffentlichen Konzert anprangern. Am Sonntag dem 16. Juni um 19:00 Uhr lädt Lebenslaute bereits zum (Vor-) Konzert in die Berliner Heilig-Kreuz Kirche, Zossener Str. 65, ein. Am 17. Juni findet zudem ab 6:00 Uhr am Berliner Hauptbahnhof, Washingtonplatz eine Mahnwache statt.

Weitere Informationen unter
http://www.lebenslaute.net

*nach oben*

## Diversität, Macht und Ungleichheit: Workshop

Diversität und Diversitätsbewusstsein sind keine Modethemen, sondern Ausdruck der heutigen Migrationsgesellschaft. Im Zusammenhang mit Diversität wird die Frage von Macht und Ungleichheiten allerdings häufig nicht thematisiert. Vom 13. bis zum 15. September 2013 findet dazu in Hannover ein Workshop mit dem Titel »Diversität, Macht und Ungleichheiten. Für eine diversitätsbewusste (Jugend-)Bildungsarbeit« statt. Veranstalter ist das Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit e. V. (IDA). Der Workshop richtet sich an Ehrenamtliche und Hauptamtliche, die in den Bereichen der rassismuskritischen Jugend(verbands)arbeit und Bildungsarbeit tätig sind. Die Kosten betragen 40 Euro (inkl. Unterkunft, Verpflegung und Tagungsbeitrag). Anmeldung bis zum 5. August 2013.

Weitere Informationen unter
http://www.idaev.de/aktuelles/veranstaltungen/workshop-diversitaet.macht.ungleichheiten.html

*nach oben*

## Bürgerbeteiligung 2.0: Tagungsbericht

Mit dem Web 2.0 sind Erwartungen an mehr Transparenz und mehr Partizipation verbunden. Am 5. Juni 2013 fand dazu die Konferenz »Bürgerbeteiligung 2.0« im Umweltforum Berlin statt. Die interaktive Tagung wurde ausgerichtet von der Herbert Quandt-Stiftung, der Körber-Stiftung, dem BMFSFJ, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Landkreistag. In der ersten Tageshälfte diskutierten ExpertInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, am Nachmittag konnten sich die TeilnehmerInnen in Workshops in die Debatte einbringen. Mareike Jung (BBE-Newsletter) und Martin Burwitz (BBE-Internetplattform) waren dabei und stellen die wesentlichen Diskussionen dieses Tages in ihrem Bericht dar.

Tagungsbericht unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Tagung_Buergerbeteiligung.pdf (38 kB)

*nach oben*

## Startsocial 2013/2014 beginnt

Nach dem Wettbewerb ist vor dem Wettbewerb: Zeitgleich mit der feierlichen Preisverleihung in Berlin und dem damit offiziellen Ende des Wettbewerbs 2012 wurde am 4. Juni 2013 der Startschuss für den neuen Wettbewerb gegeben. Soziale Projekte können sich bis zum 31. Juli 2013 online registrieren und um eines von 100 Beratungsstipendien bewerben, mit denen sie ihre Arbeit verbessern können. Auch Juroren und Coaches, die für startsocial im zehnten Wettbewerb aktiv werden wollen, können sich in diesem Zeitraum registrieren

Weitere Informationen unter
http://www.startsocial.de

*nach oben*

## BMI: Helferfibel

Am 15. April 2013 hat das Bundesministerium des Innern (BMI) eine kompakte und originelle Helferfibel veröffentlicht, die Antwort auf die Frage geben soll, wie die Regierung Engagement fördert: »Die kleine Helferfibel: So stärkt die Bundesregierung das Ehrenamt.« Der Aktualitätsstand der Publikation ist März 2013. Illustriert mit Scherenschnittmotiven werden kompakt auf 10 Seiten verschiedene Förderansätze, teilweise mit dazu gehörigen Webseiten bei Ministerien, Technischem Hilfswerk oder Bundeszentrale für politische Bildung, dargestellt. Die Druckauflage beträgt 10.000 Stück und kann ebenso kostenlos bezogen werden wie das pdf-Download.

Weitere Informationen unter
http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/ehrenamt-fibel.html?nn=3315124

*nach oben*

## H. Backhaus-Maul/C. Roth: Service Learning empirisch: Publikation

Seit Beginn des noch jungen Jahrtausends findet Service Learning in deutschen Hochschulen, in der Zivilgesellschaft und bei Unternehmen zunehmende Resonanz. Holger Backhaus-Maul und Christiane Roth haben jetzt eine erste, empirische Untersuchung vorgelegt: »Service Learning an Hochschulen in Deutschland« (Springer VS, 2013). Neben theoretischen und historischen Betrachtungen bietet die Studie empirische Befunde einer bundesweiten Hochschulbefragung: »Rund 15 Prozent aller Hochschulen in Deutschland bieten bereits Service Learning an«, so die Hallenser Sozialforscherin Christiane Roth. Zugleich enthält die Analyse vier exemplarische Fallstudien zur Entwicklung von Service Learning an Hochschulen. Bei den Fallstudien handelt es sich um die Universität Duisburg-Essen, die Universität zu Köln, die Hochschule Ludwigshafen am Rhein sowie die Universität Mannheim.

Publikation bestellen unter
http://www.springer.com/springer+vs/politikwissenschaft/book/978-3-658-00123-0

*nach oben*

## J. W. van Deth/M. Tausendpfund (Hg.): Politik im Kontext: Publikation

Mit dem Aphorismus »All politics is local« brachte der ehemalige Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses Tip O'Neill die Bedeutung des lokalen Umfelds für die Politik auf den Punkt. Gemeinden ermöglichen aufgrund ihrer räumlichen Nähe eine starke Einbindung der BürgerInnen in den politischen Prozess und beeinflussen dadurch im positiven Sinne die politischen Orientierungen der BürgerInnen. Der von Prof. Dr. Jan van Deth und Dr. Markus Tausendpfund herausgegebene Sammelband »Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?« (Springer VS: 2013) versucht diese weit verbreitete These erstmalig anhand von empirischen Analysen zu belegen. Für die empirischen Analysen wurden über 12.000 BürgerInnen aus 28 Gemeinden in Hessen befragt. In zwei Teilen analysiert die Publikation 1. den Einfluss lokaler und kontextueller Merkmale auf allgemeine politische Einstellungen sowie 2. die möglichen Effekte der lokalen auf die nationale und supranationale politische Ebene. Die Ergebnisse der Analysen belegen wider Erwarten eine geringe Bedeutung des lokalen Kontexts für die politischen Orientierungen der BürgerInnen. Insgesamt wurde festgestellt, dass die Gemeinde im Kontext von Individualisierungs- und Modernisierungsprozessen ihre zentrale Bedeutung für viele Menschen verloren hat. Weitere Erklärungen für die Verringerung der Relevanz des lokalen Kontexts werden von den Herausgebern auf den Einfluss der Massenmedien und die zunehmende Verlagerung der Entscheidungsprozesse auf die europäische Ebene zurückgeführt.

Publikation bestellen unter
http://www.springer.com/springer+vs/politikwissenschaft/book/978-3-531-19248-2

*nach oben*

## Ulrike Davy/Manuela Lenzen (Hg.): Demokratie morgen: Publikation

Globalisierte Märkte, Rating-Agenturen und Expertenkommissionen lauten die Schlagworte, die die aktuelle demokratische Praxis herausfordern. Im vorliegenden, von Ulrike Davy und Manuela Lenzen herausgebenden Sammelband »Demokratie morgen. Überlegungen aus Wissenschaft und Politik« (transcript Verlag: 2013) diskutieren renommierte AutorInnen aus Wissenschaft und Politik in fünf Beiträgen den Zustand und die Perspektiven der Demokratie. Dabei zeigen sie Wege auf, wie eine Demokratie in Zukunft aussehen kann, die diesen Herausforderungen gewachsen ist. Demokratie, so sind sich die AutorInnen einig, ist eine Selbstverständlichkeit. Sie kann aber nur funktionieren, wenn sich alle angesprochen und verantwortlich fühlen - es bedarf somit nicht nur überzeugende Möglichkeiten politischer Teilhabe und demokratischer Abwägung, sondern zugleich ist der Wille und das Engagement der BürgerInnen erforderlich, sich zu beteiligen. Der vorliegende Band ist aus der Konferenz »Hat Demokratie eine Zukunft« hervorgegangen, die das Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Bielefeld im Jahr 2012 veranstaltet hat. Im Rahmen der Publikation werden die zum Nachdenken anregenden Konferenzbeiträge dem breiten Publikum zugänglich gemacht.

Publikation bestellen unter
http://www.transcript-verlag.de/ts2387/ts2387.php

*nach oben*

## Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 27. Juni 2013.
Redaktionsschluss ist der 20. Juni 2013.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an newsletter(at)b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter Impressum.

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Mareike Jung, M.A. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter Kommende Themen.

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung durch die Otto-Brenner-Stiftung ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: ansgar.klein(at)b-b-e.de

*nach oben*

Hinweis

Gefördert vom:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Gefördert von der:

Otto
Brenner
Stiftung